

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

22. Jahrgang

Berlin, den 24. Juni 1955

Nummer 25

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig.

Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte Juni 1955

Die konjunkturelle Situation in den Vereinigten Staaten von Amerika und in der westlichen Welt- wirtschaft im ganzen

Das Klima des wirtschaftlichen Expansionsprozesses in der westlichen Welt wird gegenwärtig durch die Tatsache bestimmt, daß Kapazitätsausweitung und Produktivitätszuwachs in den Bereichen der Investitions- und Verbrauchsgüterindustrien es möglich machten, den steigenden Inlandsbedarf und die auf Teilgebieten ebenfalls steigende Auslandsnachfrage bei unverändert scharfem Wettbewerb ohne Anstrengung zu befriedigen. Diese, einem Käufermarkt noch immer sehr ähnliche Situation hat vor allem die Verbrauchsgüterindustrien gezwungen, auch dort, wo durch Preissteigerungen der industriellen Grundstoffe oder durch Lohnanhebungen erhöhte Kosten entstanden sind, ihre Preise stabil zu halten oder sogar leicht zu senken. Dieser Zwang dürfte aber in der Regel noch kaum zu echten Anspannungen in der Kosten-Preisrelation geführt haben. Detaillierte Angaben über die Gewinnentwicklung der amerikanischen Aktiengesellschaften der verarbeitenden Industrien zeigen überwiegend nicht nur eine Zunahme der gesamten Gewinne, sondern gleichzeitig eine Verbesserung der Gewinnspanne und insoweit auch der Rentabilität. Das vorhandene Material über die europäische Gewinnsituation läßt auf eine ähnliche Entwicklung schließen. Dies bedeutet demnach, daß die kostensenkenden Auswirkungen des Produktivitätsfortschrittes bei steigendem Umsatz diese Tendenz der partiellen Preissteigerungen zu kompensieren vermochten und teilweise zu einer besseren Gewinnsituation führten.

Disproportionalitäten in der Güterversorgung sind unter internationalen Aspekten wohl nur auf dem Stahlsektor aufgetreten, sofern die Verlängerung der Lieferfristen und erhöhte Auftragsbestände überhaupt als solche angesprochen werden können. Dabei erfreut sich die Stahlindustrie gegenüber der weiterverarbeitenden Industrie im gegenwärtigen Stadium der technischen Entwicklung insofern einer Sonderstellung, als dem Stahl noch kein Substitutionsgut wirklich ernsthaft Konkurrenz zu machen vermochte, die Stahlnachfrage also sehr unelastisch ist. Das amerikanische Beispiel einer Preisherabsetzung inmitten der „recession“ im Juli 1954 bei einer Kapazitätsausnutzung von nur 71 vH im Jahresdurchschnitt und nur etwa 63 vH

kurz nach dem Zeitpunkt der Preissteigerung veranschaulicht diese Tatsache sehr deutlich.

Befürchtungen, daß Preiserhöhungen für Eisen und Stahl, die zum Beispiel jetzt in Westdeutschland vorgenommen und im Falle der Vereinigten Staaten von Amerika im Zuge der bevorstehenden Erhöhung der Stahlarbeiterlöhne zu erwarten sind, eine allgemeine Preisbewegung auslösen könnten, erscheinen, wenn man sie an der gegenwärtigen gesamtwirtschaftlichen Konstellation der westlichen Welt überprüft, aber nicht gerechtfertigt.

Ein entscheidender Einfluß auf den konjunkturellen Verlauf geht von der Haltung der Verbraucher aus. Diese haben zwar aus dem wachsenden verfügbaren Einkommen ihre Verbraucherausgaben stetig gesteigert, gleichzeitig aber auch mehr gespart. Die Konsumenten, die besonders in den Vereinigten Staaten, aber auch in den europäischen Volkswirtschaften nach wie vor sehr preisbewußt sind, dürften darüber hinaus mit langlebigen Verbrauchsgütern so reichlich ausgestattet sein, daß sie eventuellen Preisauftriebenden ohne Frage zunächst einmal Widerstand entgegensetzen würden. Hinweise auf eine verstärkte, d. h. über die laufende Einkommenssteigerung hinausgehende Zuwachsrate der privaten Aufwendungen liegen nicht vor. In den Vereinigten Staaten von Amerika war im ersten Vierteljahr 1955 sogar erstmals wieder eine leichte Zunahme der Spartätigkeit zu verzeichnen, und die jüngste Entwicklung läßt nicht auf einen erneuten Tendenzumschwung schließen. Hinzu kommt, daß die Wirtschaft selbst in ihren Lagerdispositionen sehr vorsichtig ist, so daß auch von dieser Nachfrageseite her keine überhöhten Anforderungen an das auf den Markt kommende Güterangebot gestellt werden dürften. Auf der anderen Seite rückt bei den Investitionsvorhaben der Industrie, die hier und da im Zeichen eines merkbar werdenden Arbeitermangels — vor allem in Großbritannien — und überall im Zeichen eines starken Wettbewerbs stehen, das Rationalisierungsmoment immer stärker in den Vordergrund. Dies schafft die Voraussetzung nicht nur für ein weiterhin schnell wachsendes Güterangebot, sondern auch die Möglichkeit, etwaige Lohnerhöhungen in der verarbeitenden Industrie — wie jetzt in der Automobilindustrie der Vereinigten Staaten — aufzufangen.

Damit verbleibt als Unsicherheitsfaktor der konjunkturellen Situation im Augenblick die Frage der Stahlversorgung der europäischen Wirtschaften. Als Lieferant zusätzlich benötigter Stahlmengen kommt hier vor allem weiterhin die jetzt unter dem Eindruck des konjunkturellen Aufschwungs wieder verstärkt expandierende amerikanische Stahlindustrie in Frage, die in den letzten Jahren etwa 4 vH ihrer Erzeugung an das Ausland abgesetzt hat. Da die Hauptstahlverbraucher der amerikanischen Binnenwirtschaft, die Automobilindustrie und die Bauwirtschaft, die zusammen im Jahre 1954 etwa ein Drittel der Stahlerzeugung abnahmen, in den kommenden Monaten kaum ihr gegenwärtiges Beschäftigungsniveau überschreiten dürften und in den amerikanischen Stahlauftragsbeständen ebenfalls vorsorgliche Bestellungen enthalten sind, scheint die Möglichkeit, etwaige Verknappungen auf dem europäischen Markte durch einen vermehrten Rückgriff auf amerikanische Lieferungen zu überbrücken, durchaus gegeben zu sein. Dieses Ausweichen würde allerdings mit einer Anhebung der Kosten verbunden sein, vor allem, da auch die Frachtraten keine Tendenz zu einem Rückgang aufweisen. Bei der allgemeinen Angebots- und Nachfragesituation im Bereich der Investitions- und Verbrauchsgüterindustrien ist die Gefahr, daß sich hieraus kumulative Preisbewegungen entwickeln könnten, jedoch als gering anzusehen.

Zur westdeutschen Situation

Mit einer Fortschrittsrate des Bruttosozialproduktes von rund 12 vH und der industriellen Erzeugung von rund 20 vH (1. Vierteljahr 1955 gegenüber 1. Vierteljahr 1954) übertrifft das Wachstum der westdeutschen Wirtschaft und der damit verbundene Produktivitätsfortschritt den Durchschnitt der übrigen konjunkturell führenden Länder Westeuropas nach wie vor beträchtlich. Trotz dieser starken Expansion, die mit unverminderter Intensität anhält und weiter entscheidend von Inlandsinvestition und Ausfuhr bestimmt wird, sind ins Gewicht fallende Abweichungen der realen von der nominalen Entwicklung für die Gesamterzeugung nicht festzustellen, d. h. die Preisstabilität im ganzen ist unbeschadet von Preisverschiebungen im einzelnen gewahrt geblieben. Ein hoher Auftragsbestand und weiter steigende Aufträge des Inlandes wie des Auslandes lassen auch für die kommenden Monate keine Abschwächung der konjunkturellen Auftriebskräfte erwarten.

Bei dieser sowohl von der Nachfrage-, als auch von der Angebotsseite her als durchaus dauerhaft erscheinenden Konstellation der konjunkturellen Auftriebskräfte hat die Frage nach der Sicherung des Fortschritts an sich naturgemäß an aktueller Bedeutung verloren und ist weitgehend von der Frage nach dem Ob und Wie jener Bedingungen abgelöst worden, die so wie bisher erfüllt sein müssen, damit die Expansion weiter in störungsfreier Entsprechung des geld- und güterwirtschaftlichen Gleichgewichtes verlaufen kann.

Nicht nur die hohe Intensität und ungewöhnlich lange Dauer der gegenwärtigen Expansion, die die Frage nach ihrem Ende und vor allem nach dem Wie dieses Endes besonders dann induziert, wenn bewußt oder unbewußt Zyklenvorstellungen früherer Prägung bei der Fragestellung mitwirken, sondern auch eine Reihe akuter Anlässe, wie vor allem die jüngsten Preissteigerungen in einigen wichtigen Bereichen der Grundstoffherzeugung, so vor allem bei Kohle und neuerdings auch wieder bei Stahl und Eisen, haben das Problem einer zwar noch nicht wirksam gewordenen,

aber doch immerhin möglichen Störung des bisher so reibungslos und systemgerecht verlaufenen Fortschritts der westdeutschen Wirtschaft wieder stärker in den Vordergrund treten lassen. Hierbei ist weniger die Tatsache als solche, nämlich, daß gewisse Preis erhöhungen eingetreten sind, Gegenstand der Sorge, als vielmehr die Möglichkeit, daß diese und weitere spezifische Preissteigerungen in zunehmendem Maße bei einer allgemeinen, durch die starke und anhaltende Expansion bereits anfällig gewordenen Preis-Kostenkonstellation stattfinden und sich kumulativ durchsetzen könnten. Bestände nämlich eine derartige, durch die expansive Entwicklung selbst ausgelöste anfällige allgemeine Preis-Kosten-situation, so würde in der Tat die bisher für die Preisstabilität im ganzen so entscheidende Preisdifferenzierung im einzelnen nivelliert, d. h. ein die Gesamtwirtschaft erfassender Preistrend nach oben geschaffen, der auch und vor allem die Verbrauchsgüterindustrien erfassen müßte, die ja in ihrer Preisgestaltung bisher die entscheidend kompensierende, also stabilisierende Rolle für das gesamte Preis- und Kostengefüge gespielt haben.

Die Voraussetzungen und Möglichkeiten für eine derartige Entwicklung, die von der Kostenseite ausgehend die gesamte Preis-Kostenkonstellation der westdeutschen Wirtschaft in unerwünschtem inflatorischen Sinne erfassen und hierbei etwa im Ansatz vorhandene Disproportionalitäten der Gesamterzeugung mit steigenden Rückschlagsgefahren für wichtige Erzeugungsbereiche verschärfen würde, sind jedoch überall gering, ja, es zeigt sich, daß sie fehlen, wenn man die Deutung partieller Erscheinungen durch eine Gesamtanalyse der tatsächlich wirkenden konjunkturellen Kräfte ergänzt.

Sieht man in diesem Zusammenhang von dem sehr positiven statistischen Bild der gegenwärtigen Situation ab, das immerhin täuschen oder doch falsch interpretiert werden könnte, so sind es vor allem jene gerade zur Dämpfung partieller Störungen entscheidenden Gesamtkräfte, die sowohl von der monetären als auch von der außenwirtschaftlichen Komponente, vor allem aber aus dem Zusammenwirken der wichtigen Gesamtgrößen Verbrauch, Sparen und Investition regulierend den Fortschritt beeinflussen.

Auf der monetären Seite haben die Tendenzen zur Zinssenkung nicht nur angehalten, sondern sie haben sich gerade neuerdings wieder verstärkt. Dieser sinkende Zinstrend ist in keinem Falle etwa Ausdruck und Folge einer ungesunden Politik des billigen Geldes, sondern er ist zweifellos Ausdruck für die Auswirkung marktwirtschaftlicher Kräfte, die das westdeutsche Zinsniveau nicht nur aus strukturellen, sondern auch aus konjunkturellen Gründen nach unten zwingen. Die wachsende Bereitschaft der Wirtschaft, Ersparnisse zu bilden, sowie ihre Neigung, ihre kurzfristige Verschuldung durch Beteiligungsverhältnisse zu konsolidieren oder auch in verstärktem Umfange unter Ausschaltung der Banken direkte Schuldner-Gläubiger-Beziehungen zwischen Investor und Sparer zu schaffen, sind alles andere als Symptome einer auch nur versteckt inflatorischen Tendenz. Sie sind auch keineswegs, wie vielfach unterstellt wird, kurzfristig reversibel, sondern sie können als wichtige und entscheidende Daten für den inflationsfreien Ablauf einer weiteren Expansion betrachtet werden. Auch der zweite Faktor, die außenwirtschaftliche Komponente, kann unter Berücksichtigung der internationalen Situation ebenfalls dazu beitragen, die güter- und die geldwirtschaftliche Seite der Entwicklung weiterhin im Einklang zu halten. Zwar kann bei der nach wie vor günstigen Preis-Kostenrelation West-

deutschlands gegenüber der übrigen Welt selbstverständlich nicht damit gerechnet werden, daß etwa über eine notwendig werdende weitere Verstärkung der Einfuhr eine Kostenentlastung der Gesamtwirtschaft erfolgt; denn die Spanne zwischen Auslands- und Inlandspreisen ist gerade für jene Produkte, wie etwa Kohle sowie Eisen und Stahl, die zur Ergänzung des Inlandsangebotes zusätzlich eingeführt werden, beträchtlich. Es gibt jedoch keine internationalen Verknappungserscheinungen, die zu den ohnehin bestehenden Preisdifferenzierungen noch die weitere unerwünschte Differenz eines Engpasspreises im Ausland hinzufügen würden. Westdeutschland würde zwar durch die steigende Einfuhr unter Umständen Kostenvorteile gegenüber dem Ausland einbüßen, aber diese Einbußen wären letztlich nur die verspätete Folge eines wahrscheinlich bereits zu lange gehaltenen Kostenvorsprungs dem Ausland gegenüber.

Auch der dritte Faktor, der schon bisher entscheidend für die im ganzen gleichgewichtige Dynamik des westdeutschen Fortschritts war, nämlich die Entwicklung des Verbrauchs, zeigt trotz absoluter Zunahme im Rahmen eines gestiegenen Gesamteinkommens keine Tendenzen, die schon von der Investitionsseite

her vorhandenen Auftriebskräfte in konjunkturell unerwünschter Weise noch zusätzlich anzuregen. Verglichen mit dem Investitionszuwachs von rd. 23 vH ist die Verbrauchszunahme (8 vH im 1. Quartal 1955 gegenüber dem 1. Quartal 1954) beträchtlich geringer. Auch in jüngster Zeit hat die mit dem wachsenden Einkommen Hand in Hand gehende Verbrauchssteigerung keineswegs aufgeholt. Die hierdurch ermöglichte weitere Erhöhung der Investitionsquote erfolgt jedoch wiederum nicht über einen Druck zum unfreiwilligen Verbrauchsverzicht, sondern das langsamere Wachstum des Verbrauchs bzw. dessen Korrelat, die Zunahme der Sparung der Haushalte, erfolgt freiwillig mit dem durchaus erwünschten Ergebnis, daß der Wettbewerbsdruck in der Verbrauchsgütererzeugung — von Ausnahmen abgesehen, wie etwa die Sonderkonjunktur in Hausratserzeugnissen — anhält und von hier aus auch der wirksamste Gegendruck gegen Preissteigerungstendenzen in der Investitionsgüter- und Grundstoffindustrie ausgeht.

Diese Faktoren, die alle ohne Ausnahme Merkmale einer ungewöhnlichen Stabilität und Dauerhaftigkeit zeigen, dürften ausreichen, um auch eine weitere starke Expansion in inflationsfreien Grenzen zu halten.

Der Staatshaushalt der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) im Jahre 1955

Das mit sehr großer Verspätung verkündete Gesetz über den Staatshaushaltsplan 1955 vom 21. Mai 1955¹⁾ enthält den Staatshaushaltsplan der SBZ wiederum nach dem seit 1953 geltenden Schema, umfaßt also auch den Haushaltsplan von Ost-Berlin. Zu den insgesamt nur zwei Seiten umfassenden Text- und Zahlenangaben hat der Finanzminister in einer Rede vor der Volkskammer²⁾ einige wenige Erläuterungen gegeben, die gleichzeitig die einzige offizielle Angabe über die Abrechnung der Haushaltspläne für 1954 enthalten. Diese sehr mageren Angaben befassen sich fast ausschließlich mit der Einnahmenseite des Staatshaushaltes und lassen trotz aller Bemühungen, eine kontinuierliche Entwicklung zu zeigen, doch die Schwierigkeiten erkennen, mit denen das Finanzministerium zur Zeit zu kämpfen hat.

Die von Doppelzählungen bereinigten Endsummen der Einnahmen haben in der Abschlußrechnung für 1954 zwar um rd. 300 Millionen DM höher gelegen als der entsprechende Voranschlag und sollen im Jahre 1955 nochmals um rd. 1,2 Milliarden DM steigen. Die Analyse des Zahlenwerkes zeigt jedoch, daß es sich hierbei nicht um echte Einnahmeerhöhungen, sondern weitgehend um Kreditaufnahmen handelt.

Die Einnahmen gliedern sich wie üblich in Einnahmen aus der volkseigenen Wirtschaft, die nicht nur Gewinne enthalten, sondern auch die von den volkseigenen Betrieben abgeführten Steuern, sonstige Steuern und sonstige Einnahmen; ferner sind die Einnahmen der Sozialversicherung in den Staatshaushalt mit einbezogen.

Die Ist-Einnahmen aus der volkseigenen Wirtschaft sollen im Jahre 1954 um rd. 1,85 Milliarden DM höher gelegen haben als der Planansatz. Da im übrigen die volkseigene Wirtschaft nach den Angaben des Finanzministers den Planansatz ihrer Abführung an den Staatshaushalt nur mit 98,2 vH. erfüllt hat, sind sogar

rd. zwei Milliarden DM Mehreinnahmen erzielt worden, für die von offizieller Seite keine besonderen Erläuterungen gegeben werden. Da aber gleichzeitig die Einnahmen aus sonstigen Steuern beträchtlich, und zwar um rd. 1,57 Milliarden DM, unter dem Planansatz gelegen haben, ist diese Differenz mit Umstellungen in der Haushaltsrechnung zu erklären. Seit Anfang 1954 werden nämlich die früher vom Einzelhandel abgeführten Haushaltsaufschläge auf Industrie-

Die Einnahmen des „Staatshaushaltes“ der SBZ
in den Jahren 1954 und 1955
in Millionen DM

	1954		1955
	Soll	Ist	Soll
Einnahme aus der volkseigenen Wirtschaft an Körperschafts-, Umsatz-, Gewerbe- und Verkehrssteuern, sowie der Produktions- und Dienstleistungsabgaben, ferner an Nettogewinnen und Umlaufmittelabführungen	10 442	12 290	13 655
<i>Ausgaben für die volkseigene Wirtschaft (Verlustausgleiche, Umlaufmittelzuführungen und Investitionen)</i>	<i>(5 764)</i>	<i>(6 934)</i>	<i>(5 055)</i>
Sonstige Steuern	16 344	14 770	13 798
Sonstige Einnahmen	1 447	1 466	2 207
Zusammen	28 233	28 526	29 660
Einnahmen der Sozialversicherung	5 888	5 900	5 956
Gesamtbetrag ohne Doppelzählungen ..	34 121	34 426	35 616
Doppelzählungen:			
Zuschüsse an die Bezirke	528	.	1 025
Überschüsse der Bezirke	200	.	278
Überweisungen d. Bezirke an Kreise usw.	464	.	998
Überschüsse der Sozialversicherung ..	129	.	68
Sonstige	²⁾ 254	.	182
Endsumme des Staatshaushaltsplanes ..	35 696	.	38 167

¹⁾ Die Einnahmen der Sozialversicherung sind geschätzt, der Posten „sonstige Einnahmen“ ist der Restbetrag. — ²⁾ 1954 Restbetrag auf Grund des indirekt errechneten bereinigten Gesamtbetrages.

¹⁾ Gbl. der DDR Nr. 42 vom 31. 5. 1955.

²⁾ Tögl. Rundschau vom 21. 5. 1955.

erzeugnisse bereits beim Produzenten erhoben. Sie sind dann ab 1. Januar 1955 für den größten Teil der volkseigenen Wirtschaft in die sog. Produktions- und Dienstleistungsabgabe eingegangen, eine besondere Steuerart der volkseigenen Wirtschaft, die sowohl Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Umsatzsteuer wie auch die bisherigen Haushaltsaufschläge umfaßt und für die Zukunft insbesondere das maßgebende marktregulierende Element der Preisbildung sein soll. Zum Zwecke der Vergleichbarkeit der Ansätze für 1955 mit denen von 1954 sind also offensichtlich schon in der Schlußabrechnung für 1954 die Einnahmen aus Haushaltsaufschlägen, die von volkseigenen Betrieben abgeführt wurden, den Einnahmen aus der volkseigenen Wirtschaft zugeschlagen worden.

Da es sich bei der Änderung des Erhebungsmodus aber um eine Vorverlegung der Zahlungstermine um jeweils mindestens drei bis vier Monate handelt, entspricht die Steigerung der Gesamteinnahmesumme aus volkseigener Wirtschaft und sonstigen Steuern, die gegenüber 1953 mit rd. 1,27 Milliarden DM angegeben wird, nicht voll einer höheren Ertragsfähigkeit der Wirtschaft, wie dies nach Rückgabe der SAG-Betriebe erwartet worden war. Es ist vielmehr so, daß die Einnahmenerhöhung zum großen Teil aus einer Kreditausweitung der Deutschen Notenbank stammt, die für die Vorverlegung der Steuertermine in ihrem Kreditplan für das erste Quartal 1954 bereits einen Betrag von rd. 700 Millionen DM hatte einsetzen müssen.

Inwieweit die im Staatshaushaltsplan für 1955 angesetzte Erhöhung der Einnahmen aus der volkseigenen Wirtschaft um rd. 1,36 Milliarden DM auf echte Ertragssteigerung zurückgeht, läßt sich nicht sicher feststellen. Da die Einnahmen aus sonstigen Steuern um rd. 0,97 Milliarden DM niedriger angesetzt werden, ohne daß mit Ausnahme der Umwandlung von Haushaltsaufschlägen usw. in die Produktionsabgabe wesentliche Änderungen in der sonstigen Steuergesetzgebung gegenüber dem Vorjahr erfolgt sind, dürfte ein Teil dieser Einnahmesteigerung ebenfalls durch diese Änderung bedingt sein.

Auffällig im Staatshaushaltsplan für 1955 ist, daß die Position „Sonstige Einnahmen“, die Verwaltungsgebühren, Erwerbseinkünfte der öffentlichen Verwaltung und darin die Bruttoeinkünfte der öffentlichen Anstalten (Krankenhäuser, Theater usw.) enthält, um rd. 0,74 Milliarden DM über den Ist-Einnahmen des Vorjahres angesetzt wird. Die Erklärung hierfür dürfte in § 7 des Gesetzes über den Staatshaushaltsplan zu finden sein, in dem es heißt, daß die Deutsche Investitionsbank ermächtigt wird, „auf der Grundlage von ihr in Rechtsträgerschaft übertragene Hypotheken Schuldverschreibungen bis zur Höhe von 700 Millionen DM an die Sparkassen auszugeben und den Gegenwert zur Finanzierung des planmäßigen Wohnungsbaues zu verwenden“. Diese eigenartige Ausdrucksweise läßt vermuten, daß es sich hier nicht um neu auszugebende Hypotheken handelt, wofür es einer solchen Ermächtigung nicht bedurft hätte, sondern um eine Beleihung der der Deutschen Investitionsbank treuhänderisch zur Verwaltung übergebenen Hypothekenbestände der alten Hypothekenbanken, die

nach 1945 den damaligen Länderregierungen zugefallen waren und bekanntlich in der SBZ bei der Währungsreform 1:1 umgestellt wurden. Für die Finanzierung des staatlichen Wohnungsbaues, der systembedingt aus Haushaltseinnahmen erfolgen müßte, da Volkseigentum grundsätzlich nicht belastbar ist, ist hier demnach eine neue Form der Inanspruchnahme des „Kapitalmarktes“ gefunden, nachdem die Einnahmen des seinerzeit errichteten Sondervermögens des „Nationalen Aufbauprogramm“, die nicht in den früheren Staatshaushaltsplänen enthalten waren, für die erhöhten Aufwendungen nicht mehr ausreichen.

In diesem Zusammenhange ist weiterhin bemerkenswert, daß der jeweils im Gesetz über den Staatshaushaltsplan enthaltene sog. „Plan für langfristige Kredite“, der die langfristige Darlehensgewährung von der Deutschen Investitionsbank und den Sparkassen an die Privatwirtschaft und Genossenschaften enthält, von rd. 0,87 Milliarden DM im Jahre 1954 auf 1,37 Milliarden DM im Jahre 1955 erhöht wurde, das Aufkommen von Kapitalmarktmitteln bei Sparkassen und der Versicherung also recht optimistisch oder, wie man es umgekehrt auch ausdrücken kann, die Versorgung der Konsummärkte pessimistisch eingeschätzt wird.

Der Rückgriff auf Kapitalmarktmittel seitens des Staatshaushaltes (im Vorjahr waren noch 0,375 Milliarden DM als Schuldtilgung in den Haushaltsplan eingesetzt), läßt eine beträchtliche Anspannung der finanziellen Situation erkennen, die zum Teil auf eine verminderte Ertragskraft der volkseigenen Wirtschaft und geringere Steuereinnahmen aus der Privatwirtschaft zurückgeht, der man seit Mitte 1953 gewisse Steuererleichterungen hat zugestehen müssen, zu einem weiteren Teile aber darin liegen wird, daß die ungenügende Versorgung der Konsummärkte keine Einnahmenerhöhungen aus Verbrauchssteuern mehr erwarten läßt.

Auch bei den wenigen Angaben über die Ausgaben-gestaltung wird die Anspannung erkennbar. Beispielsweise werden die Ausgaben für die volkseigene Wirtschaft um rd. 1,9 Mrd. DM gekürzt, wozu erläutern gesagt wird, daß die Betriebsverluste in der volkseigenen Wirtschaft zurückgehen würden, aber auch, daß Zuführungen an Umlaufmitteln im Durchschnitt nicht mehr erfolgen sollen, also auch hier unter Umständen auf Kredit zurückgegriffen werden muß. Dagegen werden erhöhte Beträge für die Förderung des Wohnungsbaues und der bisher vernachlässigten Landwirtschaft in den Ausgaben eingesetzt. Diese und die wenigen weiterhin genannten Ausgabenerhöhungen, z. B. im Sozialhaushalt, reichen aber keineswegs aus, die immerhin um 1,2 Milliarden DM höhere Einnahmensumme und die Einsparung bei den Ausgaben der volkseigenen Wirtschaft von fast zwei Milliarden DM zu erklären. Es scheinen demnach wohl beträchtlich höhere Aufwendungen im Haushalt der „Volkspolizei“ eingesetzt worden zu sein, zumal neuerdings ganz offen davon gesprochen wird, daß die Sowjetzone nach Abschluß der Pariser Verträge ihre militärischen Ausgaben erhöhen würde.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6, und Bonn, Burgstraße 160.
Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium*: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Ferdinand Grünig, Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Rolf Krengel, Dr. Hans Liebe, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.
Wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Rolf Wagenführ, Dr. Eduard Wolf.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2
Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany
Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—

Gegenstand	Einheit ^{†)}	Woche:	Vorjahr					Gegenwart										
			16.-22. Mai 1954	23.-29. Mai 1954	30. Mai bis 5. Juni 1954	6.-12. Juni 1954	13.-19. Juni 1954	17.-23. April 1955	24.-30. April 1955	1.-7. Mai 1955	8.-14. Mai 1955	15.-21. Mai 1955	22.-28. Mai 1955	29. Mai bis 4. Juni 1955	5.-11. Juni 1955	12.-18. Juni 1955		
			20.	21.	22.	23.	24.	16.	17.	18.	19.	20.	21.	22.	23.	24.		
Arbeitsmarkt																		
Arbeitslose in Westdeutschland	1000	M; E	.	.	1102	894	731	.	.	.
" West-Berlin	"	"	.	.	198	154	145	.	.	.
Versicherte Arbeitslose in USA	"	Sa	2255	2134	2204	2150	2076											
Produktion																		
Geschäftstätigkeit in USA	1947/49=100	Sa	126,7	125,4	124,0	126,7	125,7											
Industrieproduktion in USA	"	"	128,5	129,4	129,4	129,6	131,2											
Steinkohlenföderung. in Westdeutschl. ¹⁾	1000 t	WS	2531	2068	2472	2036	2050											
" Großbritannien	"	"	4716	4805	4488	3377	4607											
Kohlenföderung in USA	"	"	6477	6514	5860	6858	7226											
" USA	"	"	210	201	194	182	215											
" Westdeutschl. ¹⁾	"	"	1513	1524	1533	1579	1589											
Kraftwagenherstellung in USA	1000 Stück	"	158	150	121	140	142											
Stromverbrauch in Westdeutschland	Mill. kWh	"	842,7	787,8	840,4	758,9	785,7											
" West-Berlin ²⁾	"	"	22,8	20,8	22,2	21,5	20,0											
Güterverkehr																		
Wagenanforderung } Deutsche	1000 Wagen	WS	340,3	293,0	340,8	285,7	293,6											
Wagengestellung } Bundesbahn	"	"	339,0	291,6	339,1	284,9	292,8											
Zahlungsverkehr																		
Zahlungsmittelumlauf in Westdeutschland u. West-Berlin	Mill. DM	BSt	11000	.	12400	12241	11461											
Notenumlauf d. Bank von England	Mill. £	Do	1610	1613	1625	1637	1641											
" Frankreich	Mill. sfrs.	Do	2248	2272	2319	2304	.											
" Niederländ. Bank	Mill. hfl.	Mo	3269	3305	3397	3338	3284											
" Belgischen Nationalbk.	Mill. sfrs.	Do	98026	98188	99695	99250	98182											
" Schweizer	Mill. sfrs.	BSt	4763	.	4915	4847	4768											
" Schwedischen	Mill. skr.	"	4191	.	4435	.	.											
" Bank of Canada	Mill. \$	Mi	.	.	1547	.	.											
Zahlungsmittelumlauf in USA	Mill. \$	"	29707	29697	29934	29873	29803											
Geld- und Kapitalmarkt																		
<i>Bank deutscher Länder</i>																		
Goldbestand	Mill. DM	BSt	1707	.	1707	1707	1712											
Inlandswchsel	"	"	937	.	1040	1014	944											
Lombardforderungen	"	"	29	.	269	48	64											
Vorschüsse an die öfötl. Verwaltung	"	"	156	.	149	148	144											
Forderungen gegen die öfötl. Handl.	"	"	2050	.	2462	2502	1645											
Depositen	"	"	2122	.	1539	1556	1525											
<i>480 repräsentative Geldinstitute in Westdeutschland</i>																		
Kurzfristige Kredite an Nichtbanken	"	"	.	.	15668	.	15806											
Einlagen von Nichtbanken	"	"	.	.	24052	.	24007											
darunter Spareinlagen	"	"	.	.	7339	.	7431											
<i>Berliner Zentralbank</i>																		
Wechsel	"	"	3,7	.	8,9	6,5	10,8											
Angekaufte Ausgleichsforderungen	"	"	151,7	.	151,7	151,7	103,0											
Einlagen insgesamt	"	"	282,1	.	235,9	200,2	267,9											
<i>Bank von England</i>																		
Regierungspapiere d. Emissionsabtögl. Forderungen der Bankabteilung	Mill. £	Mi	1610,8	1621,7	1671,7	1671,3	1671,3											
Depositen insgesamt	"	"	359,7	359,5	350,5	344,0	350,0											
<i>Bundes-Reserve-Banken USA</i>																		
Aktiva insgesamt	Mill. \$	Mi	50938	50457	50408	50595	51848											
darunter: Goldzertifikate	"	"	20417	20427	20382	20382	20377											
" Regierungspapiere	"	"	24687	24737	24812	24987	24910											
" Einlagen insgesamt	"	"	21027	21007	20821	21046	21115											
" darunter: Regierungseinlagen	"	"	418	505	448	250	459											
Zinssätze																		
<i>in Westdeutschland</i>																		
Diskontsatz d. Bank deutscher Länd. Tagesgeld in provisionsfr. Rechnung	% p.a.	Sa	3	3	3	3	3											
Spareinlag. m. gesetzl. Kündigungssfr. Tagesgeld in London	"	"	3/4	3/4	3/4	3/4	3/4											
Handelswechsel, 3 Mon., London	"	"	1 1/4-1 3/4	1 1/4-1 5/8	1 1/4-1 5/8	1 1/4-1 5/8	1 1/4-1 5/8											
<i>Effektenmarkt</i>																		
4%ige Wertpapiere in Westdeutschland Kursniveau, gesamt	vl	BSt	82,43	.	83,11	83,70	84,30											
dar. Pfandbriefe d. Hypothekenbanken d. öfötl.-rechtl. Kreditanst.	"	"	79,94	.	81,00	81,85	82,78											
Kommunalobligationen der Hypothekenbanken	"	"	81,56	.	81,56	82,19	82,38											
" der öfötl.-rechtl. Kreditanstalten	"	"	78,40	.	79,20	80,00	80,90											
" Industrieobligationen	"	"	83,83	.	83,83	83,83	83,83											
Aktienindex, Westdeutschland ³⁾	Dez. 48 = 100	Fr	405,5	410,2	417,6	414,9	418,8											
Aktienindex, Großbritannien ⁴⁾	1.7.1935 = 100	Fr	150,9	151,1	152,6	149,0	152,1											
Aktiendurchschnittspreise in USA ⁵⁾	\$ je Stck.	Fr	326,1	327,5	327,6	322,1	327,9											
Wechselkurse																		
Notenreiserkehr in Zürich	sfrs. je 100 DM	BSt	101,55	.	101,75	101,65	101,50											
" New York	\$ je 100 DM	Fr	23,625	.	23,750	23,700	23,625											
DM-Ost in Berlin (Mittelkurs)	je DM-West	Fr	4,85	4,73	4,51	4,68	4,66											
Warenpreise																		
<i>Großhandelsindizes</i>																		
Rohtoffpreise in USA (Moody)	31.12.31 = 100	Fr	438,9	435,8	436,6	434,5	426,4											
" Großbrit. (Reuter)	18. 9. 31 = 100	"	489,2	489,1	486,3	485,2	486,9											
<i>Großhandelspreise</i>																		
Baumwolle, New York, loco	cts je lb	"	35,20	35,40	35,35	35,15	35,20											
Weizen, New York, hardw., loco	cts je 60 lbs	"	281,63	273,25	275,50	255,63	247,63											
Kautschuk, ribb. sm. sh. London	d je lb	"	19,00	18,88	19,00	19,63	19,38											
Kupfer, Elektrolyt, London	£ je lg.t	"	240,25	241,75	237,75	237,75	239,25											

†) E = Monatsende; M = Monatsmitte; WS = Wochensumme; BSt = Bankenstichtag (7., 15., 23., Ultimo); Mo = montags; Mi = mittwochs; Do = donnerstags; Fr = freitags; Sa = sonnabends. — *) Berichtigte Zahl. — Kursive Zahlen: Vorläufig oder geschätzt.
 1) Woche rechnet von Montag bis Sonntag. — 2) Ohne Stromverbrauch der S-Bahn. — 3) Allg. Aktienindex Frankfurt/M. (F. A. Z.). — 4) 30 Stammaktien, London (Financial Times). — 5) Dow Jones, 30 Industrieaktien. — 6) Stand Ultimo.